

NIEDERSCHRIFT

9. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin: Donnerstag, 14.07.2011
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:45 Uhr
Ort, Raum: Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Bürgermeister
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion
Herr Stv. Josef Nevelz - FWA-Fraktion
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion

Vertretung für: Herrn Stv. Brühl,
Dietmar

Abwesend waren:

Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion entschuldigt
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2011/1146
2. Bestellung von Schriftführerinnen und Schriftführern für die Sitzungen des Hauptausschusses des Rates der Stadt
Vorlage: 2011/1201
3. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2011/1147
4. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2011/1143
5. Vorstellung der Pflege- und Wohnberatung der StädteRegion
Vorlage: 2011/1140
6. Verbraucherberatung des Nordkreises in Alsdorf;
hier: Fortführung über den 31.12.2012
Vorlage: 2011/1085
7. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);
Bürgerantrag des SPD-Ortsvereins Alsdorf-Kellersberg vom 30.03.2011
hier: Einbau von Hartgummi-Fahrbahnschwellen im verkehrsberuhigten Bereich des Teilabschnittes der Ringstraße, Haus Nr. 3 bis 78
Vorlage: 2011/1304
8. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Verkehrssituation in Alsdorf-Begau
Antrag der Siedlergemeinschaft Alsdorf-Begau vom 03.04.2011
Antrag des Herrn Martin Hellhammer vom 28.04.2011
Vorlage: 2011/1138
9. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen;
hier: "Save me!" Alsdorf sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen
Antrag der SJD - Die Falken - Merkstein vom 12.05.2011
Vorlage: 2011/1263
10. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen;
hier: Bushaltestelle "Burg" der Linie AL2
Antrag des Invaliden-/Seniorenvereins Anna Alsdorf-Mitte 1955 e.V. vom 14.06.2011
Antrag der ABU-Fraktion vom 27.06.2011
Vorlage: 2011/1286

11. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2011/1148
12. Genehmigung einer Dienstreise nach Hennigsdorf
Vorlage: 2011/1303

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2011/1146

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders eröffnet gegen 18.00 Uhr die 9. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf. Er begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen ZuhörerInnen sowie die MitarbeiterInnen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. III, Herrn Dezernenten Spaltner, Dezernat II, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Herrn Jordans, FG 1.1 – Büro des Rates, Herrn Müller, FG 5.3 – Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Herrn Kochs und Herrn Bauer, FG 6.2 - Sicherheit und Ordnung, Frau Beylich, Leiterin des städtischen Rechnungsprüfungsamtes, Frau Scheefe, FG 1.1 (Schriftführerin) – Büro des Rates.

Als Gäste sind anwesend:

Herr Stv. Breuer, ABU-Fraktion – TOP 3 bis TOP 10 öffentlicher Teil

Zu TOP 5: Herr Löhmann, Pflegeberatung Städteregion
 Frau Berg, Wohnberatung Städteregion

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass mit Einladung vom 27.06.2011 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Nachfolgend gibt Herr Bürgermeister Sonders folgende Informationen zur Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

Die Verwaltung schlägt vor, die Tagesordnung zu erweitern um

TOP 12: Genehmigung einer Dienstreise nach Hennigsdorf
Vorlage: 2011/1303

Zudem waren im öffentlichen Teil Unterlagen zu folgenden Tagesordnungspunkten auszutauschen:

TOP 7: Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW;
 Bürgerantrag des SPD-Ortsvereins Alsdorf-Kellersberg vom
 30.03.2011;
 hier: Einbau von Fahrbahnschwellen Ringstraße Hausnummern 3 - 78
 NEUE Vorlage Nummer 2011/1304

TOP 10: Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW;
 hier: Bushaltestelle "Burg" der Linie AL2
 Antrag des Invaliden-/Seniorenvereins Anna Alsdorf-Mitte 1955 e.V.
 vom 14.06.2011

Hierzu wurde der Antrag der ABU-Fraktion vom 27.06.2011
nachgereicht.

Vorlage: 2011/1286

Nichtöffentlicher Teil:

Hier wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die Tagesordnung zu erweitern um

TOP 5: Bebauungsplan Nr. 305 - Am Viehau;
 hier: Grundverkauf und Grunderwerb durch die Stadt Alsdorf
 Vorlage: 2011/1212

und

TOP 6: Bestellung des Technischen Prüfers/der Technischen Prüferin des
 Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Alsdorf
 Vorlage: 2011/1246

Auf Anfrage des Bürgermeisters zu Änderungswünschen zur Tagesordnung seitens der Fraktionen wird Folgendes vorgetragen:

- **Herr Stv. Weber, REP-Fraktion**, bittet darum, den zu TOP 7 anwesenden Einwohnern die Möglichkeit einzuräumen, ihre Anfragen direkt zum Punkt stellen zu dürfen und nicht während der Einwohnerfragestunde.
Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, schließt sich dieser Bitte an.

Hierzu erklärt **Herr Bürgermeister Sonders**, die Regelung sei grundsätzlich so, dass Einwohner ihre Anfragen zum Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde stellen können. Davon wolle er auch nicht abweichen. Es könne sonst dazu führen, dass irgendwann zu jedem Tagesordnungspunkt eine offene Diskussion geführt werde. Dies gelte es zu vermeiden. Insofern bitte er um Verständnis für seine Entscheidung.

- Der Antrag zu TOP 7 – Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW; Einbau von Fahrbahnschwellen in der Ringstraße Hausnummern 3 – 78 - wird durch **Herrn Stv. Loosz, SPD-Fraktion**, im Namen des Antragstellers, des SPD-Ortsvereins Alsdorf-Kellersberg, zurückgezogen.

Hierzu führt Herr Stv. Loosz erläuternd aus, aufgrund massiver Geschwindigkeitsübertretungen im Bereich der Ringstraße sei eine Bürgerbefragung zum Einbau von Fahrbahnschwellen durchgeführt worden. Die Mehrzahl der von der SPD angeschriebenen Bürger hätte sich für Fahrbahnschwellen ausgesprochen. Im Nachhinein seien jedoch durch eine andere Bürgerinitiative auch die Anlieger der umliegenden Straßen befragt worden. Bei dieser Umfrage hätte sich dann die größere Anzahl der Bürger gegen Fahrbahnschwellen ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund wolle die SPD den Antrag zurückziehen und über Alternativen nachdenken. Er bittet auch die Verwaltung, den SPD-Ortverein bei der Suche nach Alternativen zu unterstützen.

Es folgt eine Debatte zur Geschäftsordnung. Diskutiert wird die grundsätzliche

Handhabung von Bürger- und Fraktionsanträgen. Hieran beteiligen sich die Herren Stadtverordneten Brandt, CDU-Fraktion, Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, Plum und K. Krämer, SPD-Fraktion, Weber, REP-Fraktion sowie Herr Bürgermeister Sonders und Herr Erster Beigeordneter Kahlen.

Nachfolgend stellt **Herr Bürgermeister Sonders** die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird mit den vorgetragenen Änderungen einstimmig angenommen.

Anschließend werden folgende mündliche Anfragen angekündigt.

Herr Stv. Hennes – ABU-Fraktion – 1 Anfrage im öffentlichen Teil der Sitzung

**zu 2 Bestellung von Schriftführerinnen und Schriftführern für die Sitzungen des
Hauptausschusses des Rates der Stadt
Vorlage: 2011/1201**

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt bestellt Frau Sabine Geßner, Frau Martina Holz, Herrn Josef Jordans, Frau Yvonne Rietz, Frau Gabriele Schaffrath, Frau Johanna Scheefe und Frau Martha van Thriel zu Schriftführerinnen / zum Schriftführer für seine Sitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 3 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2011/1147**

Protokoll:

Herr Martin Hellhammer, Alter Römerweg, Alsdorf-Begau

Betreff: Bürgerantrag Verkehrssituation im Stadtteil Alsdorf-Begau
(TOP 8 der Tagesordnung)

Herr Hellhammer bemängelt grundsätzlich die Entfernung des Verbotsschildes für Lkw über 3,5 t. Die dadurch stark befahrenen Straßen Alter Römerweg und St.-Jöris-Straße seien aufgrund ihrer Breite und sonstigen Beschaffenheit seiner Meinung nach nicht geeignet für Schwerlastverkehr. Zudem kritisiert er den Bescheid der Verwaltung, der seines Erachtens teilweise falsch sei. Darüber hinaus sei auf seine Hinweise zum Teil überhaupt nicht eingegangen worden. Die Wohnqualität werde, insbesondere durch den vermehrten Lkw-Verkehr und das damit verbundene Befahren von Vorgärten, stark eingeschränkt. Er bittet um eine faire Chance auf Abhilfe dieser Situation für die Anlieger im vorgenannten Bereich.

Hierzu antwortet zunächst **Herr Bürgermeister Sonders**, es gehe nicht darum, den Bürgern etwas zu verwehren. Jedoch könne die Verwaltung lediglich Entscheidungen auf der Grundlage objektiver Gegebenheiten im Rahmen

bestehender Gesetze und Verordnungen treffen. Hierzu werde Herr Erster Beigeordneter Kahlen Weiteres ausführen.

Zur Sachlage informiert **Herr Erster Beigeordneter Kahlen**, anlässlich eines gemeinsamen Gesprächstermins mit Herrn Hellhammer, Herrn Stv. F. Krämer und Frau Stv. Hermanns sei zugesagt worden, durch eine qualifizierte Verkehrszählung die Situation vor Ort zu beleuchten. Diese Zählung habe vom 16. bis 25.05.2011 zu verkehrsüblichen Tageszeiten stattgefunden. Die ausführlichen Ergebnisse seien der Vorlage zu entnehmen.

Im Wesentlichen könne jedoch hier dargelegt werden, dass innerhalb von 7 Stunden 25 Fahrzeuge an der Einmündung Alter Römerweg / Eschweilerstraße und 13 Fahrzeuge an der Einmündung Alter Römerweg / St.-Jöris-Straße erfasst worden seien. Lediglich 9 Fahrzeuge hätten in 7 Stunden die Straße Alter Römerweg als Verbindung zwischen der K 10 und der St.-Jöris-Straße benutzt. Hierbei handelte es sich ausschließlich um Linien- und Schulbusverkehr sowie um landwirtschaftlichen Verkehr eines ortsansässigen Bauern. Einen weiteren Querungsverkehr habe es nicht gegeben. Damit habe die Messung keinen signifikanten Querungsverkehr erfasst. Bei den übrigen Fahrzeugen habe die Halterfeststellung ergeben, dass es sich in erster Linie um Fahrzeug von Gewerbebetrieben handelte, denen ein Unternehmen in der Siedlung Begau unterstellt werden könne sowie von Anwohnern der Straßen „Auf der Weide“, und der „St.-Jöris-Straße“.

Zur Fahrbahnbreite sei zu sagen, dass die diesbezüglichen Richtlinien aus den 80er Jahren Empfehlungen für die Planung neuer Siedlungen seien. Daraus könnten jedoch keine rückwirkenden rechtlichen Regelungen für bereits bestehende Straßen abgeleitet werden.

In der polizeilich dokumentierten Unfallstatistik seien keine Unfälle auf dem „Alten Römerweg“ vermerkt. Die Verwaltung habe keinen anderen Zugang zum Unfallgeschehen als die Statistik der örtlichen Polizei. Zudem hätten sich selbst die angesprochenen Unfälle nicht auf dem „Alten Römerweg“ und auch nicht im Begegnungsverkehr ereignet. Darüber hinaus sei noch nicht einmal bekannt, ob es sich bei den von den Bürgern genannten Unfällen um Fahrzeuge im Querungsverkehr gehandelt habe oder um Anliegerfahrzeuge. Somit gebe es für die Verwaltung keinerlei Bezugspunkte – weder über das Verkehrsaufkommen, noch über die Unfallstatistik oder die Rechtssituation - für die gewünschten Veränderungen.

Herr Udo Köttgen, Alter Römerweg, Alsdorf-Begau

Betreff: Bürgerantrag Verkehrssituation im Stadtteil Alsdorf-Begau
(TOP 8 der Tagesordnung)

Herr Köttgen unterstützt die Aussage von Herrn Hellhammer über den starken Lkw-Verkehr im bereits genannten Bereich. Er äußert die Vermutung, dass die Lkw-Fahrer den „Alten Römerweg“ der „Aachener Straße“ vorziehen, weil dort des Öfteren Tempo-30-Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Diese Situation werde sich seiner Meinung nach noch verstärken, wenn der Einzelhandel im Bereich

des derzeitigen Lidl-Marktes erweitert werde. Die zusätzlichen Fahrzeuge würden dann möglicherweise auch noch über den „Alten Römerweg“ in Richtung Autobahn fahren. Dies könne in einem reinen Wohngebiet doch nicht richtig sein.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen legt noch einmal dar, dass er zur Verkehrssituation im „Alten Römerweg“ insgesamt drei Ortstermine wahrgenommen habe. In dieser Zeit seien genau zwei Fahrzeuge vorbei gekommen. Grundsätzlich müsse der Verkehr in der Stadt als Gesamtheit betrachtet werden. Die Hauptanbindungen im Stadtteil Alsdorf- Begau seien nun einmal der „Alte Römerweg“, die „Ehrenstraße“ und die „St.-Jöris-Straße“. Der Gesamtverkehr habe sich in den letzten 10 Jahren fast verdreifacht. Dies gehe auch nicht an der Begau vorbei. Hätten die Messungen signifikanten Querungsverkehr ergeben, wären verkehrsregelnde Maßnahmen sinnvoll gewesen. Da dies jedoch nicht der Fall war, hätte die gewünschte Regelung lediglich zur Folge, den innerhalb der Begau fließenden Verkehr in die noch viel weniger geeigneten Nebenstraßen zu drängen. Die Verkehrszählung habe eindeutig ergeben, dass das Verkehrsaufkommen in den betroffenen Straßen weit davon entfernt sei, um verkehrsregelnde Maßnahmen zu ergreifen. Das gemessene Verkehrsaufkommen lasse eine diesbezügliche Einschränkung derzeit nicht zu.

Herr Achim Sube, Im Grüngürtel, Alsdorf-Begau

Betreff: Bürgerantrag Verkehrssituation im Stadtteil Alsdorf-Begau
(TOP 8 der Tagesordnung)

Herr Sube führt aus, dass seines Erachtens – entgegen den Ausführungen der Verwaltung - aufgrund des Engpasses in der Straße „Alter Römerweg“ durchaus eine Gefahrenlage zu erkennen sei, weil in dem betroffenen Straßenabschnitt bei Begegnungsverkehr in der Regel eben nicht zurück gefahren, sondern der Bürgersteig mit genutzt werde. Zu bedenken sei, dass gerade diese Straße auch vielen Kindern als Schulweg diene. An der bisher geführten Diskussion störe ihn zudem grundsätzlich, dass lediglich über die Frage des Aufstellens eines Verbotsschildes diskutiert werde, aber nicht über Alternativen. Vor dem Hintergrund einer offensichtlichen erheblichen Diskrepanz zwischen der Meinung der Bürger und der Darstellung der Verwaltung, schlage er vor, das Thema mit dem heute zu fassenden Beschluss nicht zu beenden, sondern den weiteren Dialog mit den Bürgern zu suchen und Alternativen zum Verbotsschild zu entwickeln.

Herr Bürgermeister Sonders antwortet, dass er selbstverständlich dazu bereit sei, den Dialog mit den Bürgern weiter zu führen. Insgesamt sei aber heute festzustellen, dass sich die Verwaltung sehr intensiv und wohlwollend mit der Angelegenheit auseinander gesetzt habe, letztlich jedoch aufgrund der durch Messungen objektiv festgestellten Situation zu dem Ergebnis kommen musste, dass die im Bürgerantrag gewünschte Maßnahme derzeit so nicht umsetzbar sei. Er biete jedoch an, im Rahmen der ab kommendem Jahr geplanten Stadtteilkonferenzen auch die Verkehrssituation im Stadtteil Alsdorf-Begau noch einmal zu diskutieren. In diesem Zusammenhang bittet er aber auch die Anlieger, Unfälle den zuständigen Behörden auf jeden Fall zu melden, da die Verwaltung nur auf der Grundlage dokumentierter Ereignisse tätig werden könne. Abschließend sei darauf hinzuweisen, dass die Verwaltung immer das gesamte Stadtbild im Auge behalten müsse. Das bedeute,

dass jede Maßnahme, die jetzt im Stadtteil Alsdorf-Begau durchgeführt werde, im Prinzip auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden müsse. Es sei deshalb nicht einfach, immer jeden Wunsch zu erfüllen.

Abschließend stellt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** fest, es sei davon auszugehen, dass Maßnahmen, die im Bereich des Engpasses im Alten Römerweg tatsächlich greifen, recht kostspielig sein werden. Er werde jedoch anlässlich der weiteren Beratung der Angelegenheit im Rahmen einer Stadtteilkonferenz gern einen Verkehrsingenieur mit dazu einladen, um mögliche Alternativlösungen zu entwickeln.

Herr Sube bietet an, hierbei mitzuarbeiten.

Weitere Fragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

zu 4 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2011/1143

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 31.03.2011 gefassten Beschlüsse sowie über den noch nicht ausgeführten Beschluss aus der Sitzung am 14.08.2007 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einmütig.

zu 5 Vorstellung der Pflege- und Wohnberatung der StädteRegion
Vorlage: 2011/1140

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind von der Städtereion Aachen, Zollernstraße 10, 52070 Aachen, Tel.: 0241/5198-2127 Herr Stephan Löhmann und Frau Yvonne Berg anwesend.

Herr Löhmann referiert zum Thema Pflegeberatung. Er informiert zunächst darüber, dass von insgesamt ca. 570.000 Einwohnern in der Städtereion Aachen rd. 18.000 pflegebedürftige Personen seien. Die Versorgung erfolge überwiegend, zu 73 %, im häuslichen Umfeld. In 27 % der Fälle befänden sich die Menschen in stationären Einrichtungen. Etwa 9.600, also ca. 53 % der Pflegebedürftigen, bezögen ausschließlich Pflegegeldleistungen. In diesen Fällen werde uneingeschränkt zu Hause versorgt und gepflegt ohne Einbeziehung professioneller Pflegedienste. Die Erfahrung sei, dass in diesem Umfeld das größte Informationsdefizit bestehe. Hier gebe es die meisten Fragen zu den Leistungen der Kranken- bzw.

Pflegeversicherung. 19 % der Betroffenen nahmen zusätzlich Pflegedienste in Anspruch.

Im Weiteren spricht Herr Löhmann insbesondere folgende Punkte an:

- **Unterstützung im häuslichen Umfeld**, gesetzliche Grundlagen hierfür,
- **die personelle Struktur der Pflegeberatung bei der Städteregion**,
- **Kontaktwege zur Pflegeberatung** – hier insbesondere die „zugehende Beratung“. Hierbei beraten die Mitarbeiter der Pflegeberatung die Menschen vor Ort im Rahmen von Hausbesuchen.

Die Beratungsschwerpunkte sind:

- „Vorpflegerischer Bereich“ - Hilfen für ältere Menschen bei alltäglichen Dingen,
- „Betreutes bzw. gemeinschaftliches Wohnen“,
- „Unterstützung bei der Antragstellung“ - hier Aufklärung über die Voraussetzungen für bestimmte Pflegestufen,
- „Beratung zur Organisation der häuslichen Pflege“, Information über Hauspflegekurse,
- „Leistungen der Pflegeversicherung“ – u. a. auch Hilfe beim Widerspruchsverfahren,
- „Informationen zu Pflegedienstleistungen“ – u. U. Zuschüsse der Städteregion,
- „Psychosoziale Beratung“ – Überforderung in der Pflege,
- „Beratung bei Versorgungsübergängen“,
- „Pflegefachliche Stellungnahmen“,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Ziele der Pflegeberatung und
- Statistik und Ergebnisse 2010.

Zusätzlich informiert Herr Löhmann über den neu erstellten Wegweiser „Demenz“ mit Informationen rund um das Krankheitsbild und entsprechende Hilfsangebote.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Wegweiser ist ab sofort auch im Fachgebiet 3.1 – Soziales erhältlich.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Es schließt sich die Vorstellung der Wohnberatung der Städteregion durch Frau Berg an. Einführend legt sie dar, dass es sich bei den Mitarbeiterinnen aus dem Bereich Wohnberatung um ein interdisziplinäres Team handelt, bestehend aus zwei Sozialarbeiterinnen, einer Kommunalbeamtin sowie einer Architektin für den bautechnischen Support der Anfragen bzw. die umzusetzenden Maßnahmen.

Es werde eine individuelle kostenfreie Beratung durchgeführt bzw. Unterstützung gegeben zu folgenden **Schwerpunkten**:

- Hilfsmittelausstattung,
- Ausstattungsänderung – wie können Räume verändert werden,
- Wohnraumanpassung – bauliche Veränderungen,

- Finanzierungsmöglichkeiten, wie z.B. das Förderprogramm der Städteregion.
Hieraus können für Menschen ab 60 Jahren pro Maßnahme jährlich Mittel in Höhe von bis zu 5000 € beantragt werden.
- Hilfe bei der Antragstellung
Die Pflegekasse zahlt z.B. max. 2.557 € bei Pflegestufe 1.
- Ggf. Hilfe beim Widerspruchsverfahren,
- Information über alternative Wohnformen, wie betreutes Wohnen, altengerechtes Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften,
- Maßnahmebeschreibung für Handwerksbetriebe,
- Erstellen von Stellungnahmen für die Leistungsträger,
- Hilfestellung bei der Umsetzung einer Maßnahme,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Statistik und Ergebnisse aus 2010.

Die Beratung erfolge in der Regel im Rahmen von Hausbesuchen.

Ziele der Wohnberatung:

- Das Leben möglichst lange im häuslichen Umfeld zu ermöglichen,
- Selbständigkeit zu erhalten bzw. wieder herzustellen und beizubehalten,
- Betroffene selbst, aber auch Angehörige sollen entlastet werden,
- Kostenersparnis durch längeres Verbleiben im häuslichen Umfeld.

Zielgruppe sind ältere bzw. behinderte Menschen und Personen, die von Pflegebedürftigkeit betroffen sind.

Abschließend stellt Frau Berg ein Fallbeispiel vor.

Die Präsentation ist als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Herr Bürgermeister Sonders bedankt sich für beide Präsentationen und die zahlreichen wichtigen Informationen, wie z. B. die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die wesentlichen Informationen stehen in Form von Flyern im FG 1.1 – Bürgerbeauftragter zur Verfügung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt die Vorstellung der Pflegeberatung durch Herrn Löhmann und der Wohnberatung durch Frau Berg zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

**zu 6 Verbraucherberatung des Nordkreises in Alsdorf;
hier: Fortführung über den 31.12.2012
Vorlage: 2011/1085**

Protokoll:

Seitens der Mitglieder des Hauptausschusses wird angeregt, der Verbraucherberatungsstelle die Möglichkeit zu geben, das Leistungsspektrum der Einrichtung noch einmal vorzustellen.

Herr Bürgermeister Sonders sagt zu, dies für eine der kommenden Sitzungen des Hauptausschusses des Rates der Stadt vorzumerken.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

“Der Rat der Stadt beschließt:

Die Verbraucherberatungsstelle des Nordkreises in Alsdorf wird über den 31.12.2012 hinaus für weitere 5 Jahre unter der Voraussetzung fortgeführt, dass das Land Nordrhein-Westfalen sowie die Städte Baesweiler, Herzogenrath und Würselen neben der Stadt Alsdorf die Finanzierung in der bisherigen Form sicher stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Verbraucher-Zentrale NRW in Düsseldorf und den beteiligten Nordkreisstädten aufzunehmen.

Die Kosten sind ab 2013 und Folgejahre einzuplanen.

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die bis zum 30.04. des folgenden Jahres durch die Verbraucher-Zentrale NRW gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung zu erstellenden Verwendungsnachweise zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 7 **Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);**
Bürgerantrag des SPD-Ortsvereins Alsdorf-Kellersberg vom 30.03.2011
hier: Einbau von Hartgummi-Fahrbahnschwellen im verkehrsberuhigten
Bereich des Teilabschnittes der Ringstraße, Haus Nr. 3 bis 78
Vorlage: 2011/1304

Protokoll:

- Der Antrag wurde zurück gezogen und der Punkt deshalb von der Tagesordnung abgesetzt. -

zu 8 **Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);**
hier: Verkehrssituation in Alsdorf-Begau
Antrag der Siedlergemeinschaft Alsdorf-Begau vom 03.04.2011
Antrag des Herrn Martin Hellhammer vom 28.04.2011
Vorlage: 2011/1138

Protokoll:

Zu dieser Thematik legt **Herr Stv. F. Krämer, SPD-Fraktion**, dar, dass er hier als Mit Antragsteller und Vorsitzender der Siedlergemeinschaft die Interessen von 350 Familien und 700 Mitgliedern vertrete. Wenngleich in der Angelegenheit mit der Verwaltung, hier insbesondere mit dem FG 6.2 – Sicherheit und Ordnung, konstruktiv

zusammen gearbeitet werden konnte, sei es ihm doch wichtig, auch aus seiner Sicht auf die besondere Dringlichkeit hinzuweisen, wie sie bereits von Herrn Hellhammer angesprochen worden sei. Die aufgeführten Unfälle seien zwar nicht direkt auf dem „Alten Römerweg“ geschehen, gleichwohl sei die Gesamtsituation als ernst einzuschätzen. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, sich mit der Lage weiter auseinander zu setzen. Auch die St.-Jöris-Straße sei ein Verkehrsproblem, welches schon seit Jahren bestehe. Aufgrund des dort befindlichen Industriegebietes sei seinerzeit das Schild „Verboten für Lkw über 3,5 t“ aufgestellt worden. Er selbst könne als Anwohner des „Alten Römerweges“ nur bestätigen, dass das Verkehrsaufkommen stärker geworden sei, insbesondere auch vom LKW-Verkehr her gesehen, und die Sorgen und Ängste der Anlieger berechtigt seien. Die Siedlergemeinschaft halte deshalb am gestellten Antrag fest. Er freue sich jedoch über die Bereitschaft des Bürgermeisters, die Angelegenheit im Rahmen der geplanten Stadtteilkonferenz noch einmal aufzugreifen, was aus seiner Sicht unbedingt erforderlich sei.

Herr Stv. Heidenreich, führt aus, die **GRÜNE-Fraktion** schließe sich uneingeschränkt dem Antrag an, die Verbotsschilder „Verboten für Lkw über 3,5 t“ wieder aufzustellen. Es sei eindeutig, dass die Straße „Alter Römerweg“ nicht die erforderliche Breite für einen Lkw-Begegnungsverkehr habe. Der derzeitige Zustand könne so nicht hingenommen werden. Die von der Verwaltung aufgezeigten Ausweichmöglichkeiten seien aus seiner Sicht nicht geeignet, den bestehenden Mischstand zu beheben. Auch Feuerwehreinsätze u. Ä. würden durch die bestehende Situation ggf. behindert. Zudem vermag seine Fraktion die angeblich nicht vorhandene Gefahrenlage vor dem Hintergrund der bereits angesprochenen Unfälle nicht nachzuvollziehen. Aus seiner Sicht seien die Schilder „Verboten für Lkw über 3,5 t“ sinnvoll gewesen. Er beantrage deshalb zu beschließen:

Der Hauptausschuss befürwortet den Bürgerantrag des Herrn Martin Hellhammer und der Siedlergemeinschaft Alsdorf-Begau und fordert die Verwaltung auf, die gewünschten Verbotsschilder für Fahrzeuge über 3,5 t im Bereich „Alter Römerweg/K10“ und „Alter Römerweg/St.-Jöris-Straße“ wieder aufzustellen.

Hieran anschließend erläutert **Herr Bürgermeister Sonders**, auf Veranlassung der Städteregion seien alle Schilderstandorte grundsätzlich zu überprüfen gewesen. Daraufhin seien die in Rede stehenden Schilder abgenommen worden. Weiterhin sei zu betonen, dass bei der Entscheidung darüber, wo und zu welchem Zweck ein Schild aufgestellt werde, „gefühlte“ Gründe nicht ausreichend seien. Er könne die Wünsche der Anwohner durchaus nachvollziehen. Für die Verwaltung sei es jedoch grundlegend notwendig, dass anhand von sachlichen, neutralen Erhebungen nachgewiesen werde, warum und wo ein Schild zu welchem Zweck aufgestellt werde. Dementsprechend habe das Ordnungsamt gehandelt. Niemand sei leichtfertig mit der zu treffenden Entscheidung umgegangen.

Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, informiert darüber, dass er in Erfahrung bringen konnte, dass die auch von Herrn Hellhammer angesprochene Tangente, die ursprünglich von Würselen-Broichweiden über den Ortsteil Alsdorf-Begau nach Eschweiler-Kinzweiler führen sollte, nach Auskunft des Landesbetriebes NRW nicht gebaut werde.

Für die **FDP-Fraktion** schließt sich **Herr Stv. Liska** den Ausführungen von Herrn Stv. F. Krämer an. Darüber hinaus bittet er, doch einen für die betroffenen Anwohner akzeptablen Kompromiss in der Angelegenheit zu finden.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltung für den fairen Umgang mit der Angelegenheit. Seiner Beurteilung nach könne der Beschluss wie vorgeschlagen bleiben. Allerdings sollte der Dialog diesbezüglich fortgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund des bereits Gesagten und der Absicht, die Bürger mehr an dem Geschehen zu beteiligen, schlägt **Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion**, vor, einen Beschluss in folgendem Sinne zu fassen:

Im Ortsteil Begau wird über die gesamte Verkehrssituation in Kürze noch einmal mit der Verwaltung und den betroffenen Bürgern diskutiert. Danach wird im Hauptausschuss erneut beraten.

Herr Stv. Heidenreich stimmt dem Ansinnen zu, den Dialog weiter zu führen und den Bürgern zu signalisieren, dass das Thema mit dem heutigen Beschluss nicht beendet sei.

Seitens der **CDU-Fraktion** stimmt **Herr Stv. Brandt** dem Vorschlag von Herrn Stv. Loosz zu, weiter mit den Bürgern im Dialog zu bleiben. Er wünsche sich jedoch, zukünftig auch in allen anderen Dingen so zu verfahren.

Hieran anschließend lässt **Herr Bürgermeister Sonders** über den Beschlussvorschlag von Herrn Stv. Loosz abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird die gesamte Verkehrssituation im Ortsteil Alsdorf-Begau in Kürze noch einmal mit den betroffenen Bürgern diskutieren. Danach wird die Angelegenheit im Hauptausschuss des Rates der Stadt erneut beraten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 9 **Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen;**
hier: **"Save me!" Alsdorf sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen**
Antrag der SJD - Die Falken - Merkstein vom 12.05.2011
Vorlage: 2011/1263

Protokoll:

Seitens der Verwaltung führt **Herr Dezernent Spaltner – Dezernat II, Soziales** aus, vom Grundsatz her werde das Anliegen unterstützt. Allerdings sehe die Verwaltung die Handlungsnotwendigkeit in erster Linie bei Bund und Land. Die Stadt sei natürlich bereit, im Rahmen der Zuweisungen auch weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen. Über das zugewiesene Kontingent hinaus sehe die Verwaltung als Nothaushaltskommune derzeit jedoch keine Möglichkeit, freiwillig zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, zeigt Respekt vor der klaren analytischen Arbeit, mit der die Mitglieder der Jugendgruppe „Die Falken“ sich zur Vorbereitung des gestellten Antrages mit der Problematik auseinander gesetzt hätten. Vor dem

Hintergrund der Tatsache, dass humanitär viel zu wenig für den Flüchtlingsstrom aus Afrika getan werde, könne den Falken nur ein großes Kompliment ausgesprochen werden. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt sehe er sich derzeit jedoch nicht in der Lage, einen anderslautenden Beschlussentwurf als den der Verwaltung einzubringen.

Auch die **GRÜNE-Fraktion** würdigt den Einsatz der „Falken“, die bereits seit Jahren engagierte politische Arbeit leisteten, so **Herr Stv. Heidenreich**. Seiner Ansicht nach sollte der Antrag jedoch nicht einfach abgelehnt werden. Herr Stv. Plum habe bereits hervorgehoben, dass es sich um ein ständig größer werdendes Problem handle. „Save me“ sei eine bundesweite Initiative, um Not und Elend von Flüchtlingen zu lindern. Viele Städte hätten sich der Initiative bereits angeschlossen. So habe auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen im Innenausschuss einen Antrag verabschiedet, der am 30.03.2011 abschließend gebilligt worden sei. Zur Information aller Mitglieder des Hauptausschusses verliest Herr Stv. Heidenreich den diesbezüglichen Wortlaut:

- „1. Das Land NRW ist grundsätzlich bereit, Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, im Rahmen von „Resettlement“-Programmen des UNHCR und der Bundesregierung aufzunehmen und ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Nordrhein-Westfalen zu eröffnen.
2. Dieser Erklärung entsprechend bittet der Landtag den Minister für Inneres und Kommunales, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen geschaffen werden.
3. Die Landesregierung wird gebeten, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass so schnell wie möglich weitere iranische Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen werden.“

Dieser Antrag von SPD und GRÜNEN sei mit deutlicher Mehrheit im Landtag angenommen worden. Die GRÜNEN würden natürlich auch sehen, dass die Stadt Alsdorf nicht problemlos zusätzliche freiwillige Aufgaben übernehmen könne. Die Stadt könne jedoch signalisieren, dass sie im Rahmen eines entsprechend finanzierten Programms einige weitere Flüchtlinge aufnehmen würde. Den negativen Beschlussvorschlag der Verwaltung lehne er deshalb ab. Stattdessen sollte heute ein Empfehlungsbeschluss an den Rat der Stadt gefasst werden. Er beantrage, Folgendes zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Alsdorf unterstützt die Erklärung des Landtages zur bundesweiten Save-me-Kampagne und begrüßt dessen grundsätzliche Bereitschaft, Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, im Rahmen von „Resettlement“-Programmen des UNHCR und der Bundesregierung aufzunehmen und ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.
2. Der Rat der Stadt Alsdorf schließt sich dessen Forderung an, auf Bundesebene die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen zu schaffen.

3. Die Stadt Alsdorf erklärt ihre Bereitschaft, die Kampagne „Save me“ und die dazu noch aufzulegenden Resettlement-Programme zur Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu unterstützen.

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, merkt an, er findet die Diskussion grundsätzlich gut. Nach § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen könnten seiner Ansicht nach jedoch lediglich Personen, jedoch keine Parteien oder Vereine, Bürgeranträge nach § 24 GO NRW stellen. Er bittet, dies – unabhängig von dem heute zu fassenden Beschluss – zu prüfen und der Fraktion eine Information darüber zukommen zu lassen.

In Beantwortung dieser Frage zitiert **Herr Jordans, FG 1.1 – Büro des Rates § 24** der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wie folgt:

„Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat oder die Bezirksvertretung zu wenden.“ Ihm sei keine Kommentierung bekannt, nach der hierin z. B. zwischen Sportvereinen und politischen Gruppierungen differenziert werde (ausgenommen Fraktionen, deren Anträge anders zu behandeln seien). Er bittet abschließend, ihm anderslautende Aussagen zur Verfügung zu stellen.

Im Namen der **ABU-Fraktion** bedankt sich auch **Herr Stv. Hennes** bei den „Falken“. Er sehe jedoch eine gute Möglichkeit der Hilfeleistung auch darin, die Menschen vor Ort so zu unterstützen, dass es ihnen möglich ist, im eigenen Land zu bleiben.

Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion, unterstützt die Aussagen seiner Vorredner und schließt sich dem von Herrn Stv. Heidenreich neu unterbreiteten Beschlussvorschlag an.

Erläuternd fasst **Herr Bürgermeister Sonders** zusammen, grundsätzlich müsse natürlich beachtet werden, was die Stadt freiwillig leisten dürfe. Es sei eindeutig klar, dass aus dieser Sicht keine pauschale Zusage getroffen werden könne. Andererseits sei es aber durchaus möglich, die Absichtserklärung der Landesregierung zu unterstützen. Von daher könne sich die Verwaltung dem neuen Beschlussvorschlag vorbehaltlos anschließen. Man freue sich grundsätzlich über hilfreiche Initiativen und sei auch bereit, die erforderliche ideelle Unterstützung zu leisten. Auch persönlich werde er den aktuellen Beschlussvorschlag mit seiner Stimme unterstützen. Momentan gehe es lediglich darum, einen gewissen Druck für eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen zu erzeugen. Davon ausgehend, werde die Bundesregierung ggf. regeln, wie eine Aufnahme zu erfolgen habe und den Kommunen entsprechende Aufträge erteilen, die dann als Pflichtaufgaben umzusetzen seien.

Hieran anschließend lässt Herr Bürgermeister Sonders über den Beschlussvorschlag von Herrn Stv. Heidenreich abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Rat der Stadt Alsdorf unterstützt die Erklärung des Landtages zur bundesweiten Save-me-Kampagne und begrüßt dessen grundsätzliche Bereitschaft, Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, im Rahmen von

Resettlement-Programmen des UNHCR und der Bundesregierung aufzunehmen und ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

2. Der Rat der Stadt Alsdorf schließt sich dessen Forderung an, auf Bundesebene die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen zu schaffen.
3. Die Stadt Alsdorf erklärt ihre Bereitschaft, die Kampagne „Save me“ und dazu noch aufzulegende Resettlement-Programme zur Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu unterstützen.

Die Tagesordnung für den Rat der Stadt am 21.07.2011 ist entsprechend zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 10 **Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen;
hier: Bushaltestelle "Burg" der Linie AL2
Antrag des Invaliden-/Seniorenvereins Anna Alsdorf-Mitte 1955 e.V. vom 14.06.2011
Antrag der ABU-Fraktion vom 27.06.2011
Vorlage: 2011/1286**

Protokoll:

Bezogen auf die vorliegende Thematik informiert **Herr Erster Beigeordneter Kahlen**, dass zur Verbesserung der Parksituation im Bereich der Burgstraße seitens der Verwaltung im Jahr 2010 die Verlegung der Bushaltestellen geprüft worden sei. Als Ergebnis dieser Überprüfung sei es schließlich zur Verlegung von Bushaltestellen in die von-Harff-Straße gekommen. Bezüglich der Umsetzung dieser Maßnahme habe die Verwaltung auch Hinweise des Beirates für Menschen mit Behinderung aufgegriffen, wie z.B. eine Verlängerung der Haltepunkte und eine Absenkung der Bordsteine. Zwischenzeitlich gebe es einen Antrag des Invaliden- und Seniorenvereins Anna Alsdorf-Mitte, in dem um die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes gebeten werde. Ein Antrag der ABU-Fraktion in gleicher Sache unterstütze den Antrag des Invaliden- und Seniorenvereins Anna Alsdorf-Mitte. Die Verwaltung habe deshalb noch einmal Kontakt mit dem Vorsitzenden des Beirates des Rates der Stadt für Menschen mit Behinderung aufgenommen. Dieser habe noch einmal erklärt, dass die von der Verwaltung durchgeführte Maßnahme mit der Ergänzung der Absenkung der Bordsteinkante seine Zustimmung finde. Somit bestehe nun ein klarer Interessenkonflikt. Die Verwaltung habe in der Vergangenheit bereits eng und erfolgreich mit dem Beirat des Rates der Stadt für Menschen mit Behinderung zusammen gearbeitet. Der Beirat sei für das gesamte Stadtgebiet zuständig und für die Verwaltung bislang ein verlässlicher Ansprechpartner gewesen. Zudem sei aus Verwaltungssicht durchaus eine Verbesserung der Parkplatzsituation erreicht worden. Vor diesem Hintergrund tendiere die Verwaltung dazu, es bei dem derzeitigen Status zu belassen.

Für die **ABU-Fraktion** legt **Herr Stv. Mortimer** dar, seine Fraktion habe sich die Situation vor Ort angeschaut, diese in der Fraktionssitzung diskutiert und auch mit betroffenen Geschäftsleuten gesprochen. Für den Fall, dass die Absenkung der Bordsteinkanten kurzfristig erfolge, sei die Situation aus Sicht seiner Fraktion so in Ordnung. Der jetzige Zustand sei jedoch unhaltbar.

Informativ führt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** abschließend aus, dass die erforderlichen finanziellen Mittel zur Absenkung der Bordsteine vom Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf zwischenzeitlich freigegeben worden seien, so dass die Absenkung zügig erfolgen könne.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 11 **Anfragen und Mitteilungen**
Vorlage: 2011/1148

Protokoll:

Mündliche Anfrage von Herrn Stv. Hennes, ABU-Fraktion **- Fußgängerampel an der K10**

Mit Verweis auf die Fußgängerampel an der K10 (Alsdorf-Mariadorf), die Tag und Nacht in Betrieb sei, fragt **Herr Stv. Hennes, ABU-Fraktion**, an, welche Alternativen es dazu gäbe.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen sagt eine Prüfung der Situation und eine sinnvolle Änderung der Schaltung zu.

Mitteilung durch Herrn Dezernenten Spaltner, Dezernat II – Soziales **- Schulsozialarbeit**

Herr Dezernent Spaltner, Dezernat II – Soziales, informiert darüber, dass vorgesehen sei, die Stadt mit der Durchführung von Schulsozialarbeit zu beauftragen, die über das Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden solle. Entsprechend den Verteilungsschlüsseln rechne er damit, dass für die Jahre 2011, 2012 und 2013 jährlich rd. 230.000 € zur Verfügung stehen werden. Man gehe davon aus, dass damit etwa 9 halbe Stellen für die Schulsozialarbeit finanziert werden können. Der Gesetzgeber sehe hierbei eine besondere Orientierung auf den Personenkreis vor, denen das Bildungs- und Teilhabepaket zugute kommen soll. Die Verwaltung habe mit Sprechern der Schulleitungen bereits in dieser Woche einen Verteilungsschlüssel für die einzelnen Schulen in städtischer Trägerschaft abgestimmt und alle Schulen über den empfohlenen Schlüssel informiert. Er gehe

davon aus, dass es bereits während der Sommerferien zur Ausschreibung der Stellen kommen werde.

Herr Stv. F. Krämer, SPD-Fraktion, bittet, den Fraktionen hierüber eine schriftliche Information zukommen zu lassen.

Herr Dezernent Spaltner sagt dies zu.

zu 12 Genehmigung einer Dienstreise nach Hennigsdorf
Vorlage: 2011/1303

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt genehmigt die Dienstreise der Herren Stadtverordneten Heinrich Plum und Hubert Hennes vom 25.08. bis 28.08.2011 nach Hennigsdorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Scheefe
Schriftführerin